

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

31.3.1930 (No. 77)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Besprechungs-
stunde:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Kucnd,
Karlsruhe

Bezugspreise: Monatlich 3,25 RM, einjähr. 32,50 RM, einsemestrl. 17,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Sechstel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Inanspruchnahme von Honorar und Kontostunden fallen die Gebühren des Anzeigensatzes an. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausfall von Maschinen, Betriebsstörungen im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanmeldungsstelle für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)
Die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes ging unter dem Einfluß der Depression auf dem Baumarkt und des aufsteigend immer noch sinkenden Beschäftigungsstandes der Metallindustrie wieder nur schleppend vor sich. Seit dem Einsetzen des Umschwungs ist die Zahl der Unterstützten in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung erst um 22 000 Personen zurückgegangen, während im vorigen Jahr in der gleichen Zeit mehr als doppelt so viel wieder Arbeit gefunden haben, obwohl die Bitterung in diesem Jahr besonders günstig ist. Die Krisenunterstützung hat in diesem Jahr überhaupt noch keine Entlastung erfahren, die Zahl der Krisenunterstützten hat im Gegenteil von Woche zu Woche noch zugenommen.

Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 26. März 1930 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung
101 453 Personen (86 766 Männer, 14 687 Frauen),
in der Krisenunterstützung
14 190 Personen (11 140 Männer, 3050 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 6811 Personen oder um 5,6 v. H.,

von 122 454 Personen (104 559 Männer, 17 895 Frauen)
auf 115 643 Personen (97 906 Männer, 17 737 Frauen);

dabon kamen
auf Württemberg 45 534 gegen 49 201 und
auf Baden 70 109 gegen 73 253 am 19. März 1930.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 26. März 1930 auf 1000 Einwohner 23,0 Hauptunterstützungsempfänger gegen 24,3 in der Vorwoche und 27,3 am 5. März.

Prüfungen im Hufbeschlagnahme

Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Hufbeschlagnahme finden statt:
Am Mittwoch, den 23. April 1930, vormittags 9 Uhr, in der Hufbeschlagnahme in Mannheim,
am Donnerstag, den 24. April 1930, vormittags 8 Uhr, in der Hufbeschlagnahme in Karlsruhe,
am Samstag, den 26. April 1930, vormittags 8 Uhr, in der Hufbeschlagnahme in Freiburg,
am Dienstag, den 29. April 1930, vormittags 1/2 9 Uhr, in der Hufbeschlagnahme in Wehrhahn.

Wahlen am Sonntag

Stadtverordnetenwahlen in Münster

Am Sonntag fanden in Münster (Westfalen) Stadtverordnetenwahlen statt, da die Wahlen vom 17. November 1929 durch Spruch des Verfassungsorgans für ungültig erklärt worden waren. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: Reichspartei des deutschen Mittelstandes 3 Mandate (im alten Stadtparlament ebenfalls 3), Zentrumspartei 28 (27), Evangelischer Volksdienst 5 (6), Sozialdemokraten 5 (5), Nationalsozialisten 1 (1), Kommunisten 2 (1), Deutsche Volkspartei 3, Deutschnationale 1 (Deutsche Volkspartei und Deutschnationale bildeten im alten Stadtparlament eine bürgerliche Einheitsliste und hatten 8 Mandate), Deutsche Wirtschaftspartei 0 (3), Demokraten 0 (0).

Gemeindevahlen in Pommern-Oberschlesien

Am Sonntag fanden in 32 ostpreussischen Gemeinden die Gemeindevahlen statt. In 16 von diesen waren eigene Listen der Deutschen Wahlgenossenschaft aufgestellt. Die Kommunalwahlgenossenschaft vom 30. März stehen durchaus im Einklang mit denjenigen von Weihnachten. Der, abgesehen von Mikalowitz zu verzeichnende Stimmenverlust der deutschen Wahlgenossenschaft ist unter Berücksichtigung der Abwanderung oder sonstiger bekannter Ursachen unbedeutend. In denjenigen Gemeinden, die keine eigene Liste aufgestellt hatten, ist die deutsche Minderheit mit den Oppositionsparteien zusammengegangen und hat auch hier verschiedene Mandate gewonnen.

Nach keine Auflösung der Rheinschiffahrtskontrolle. Die Einstellung der französischen Rheinschiffahrtskontrolle durch die endgültige Auflösung der in Ludwigshafen stationierten Kontrollkommission ist bisher noch nicht erfolgt, obwohl seit etwa einem Jahre eine aktive Kontrolltätigkeit nicht mehr ausgeübt wird. Wie verlautet, wird das Kontrollorgan erst in Verbindung mit der allgemeinen Räumung der Pfalz aufgelöst.

Nachspiel zum Sturm auf die Opelwerke. Wie der „Vorwärts“ aus Darmstadt meldet, beschloß der Hessische Landtag am Freitag gegen die Stimmen der Kommunisten, die Immunität des kommunistischen Abg. Sumpf aufzuheben. Sumpf war einer der maßgebenden kommunistischen Führer bei dem Sturm auf die Opelwerke.

Das Haus der deutschen Presse am Tiergarten in Berlin wurde am Freitag mit einer Besichtigung der Räume und einem Festessen seiner Bestimmung übergeben. Chefredakteur Adersmann, vom Vorstand des Reichsverbandes, hielt die Begrüßungssprache. Weiter sprachen Heinrich Reumann und Josef Landau. Von den ausländischen Kollegen fand Rodner von der Associated Press, Worte des wärmsten Dankes.

Letzte Nachrichten

Das neue Reichskabinett Brüning

Die Amtsübernahme

BRN, Berlin, 31. März. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, hat Reichkanzler Brüning heute früh sein Amt übernommen. Im Laufe des Vormittags ist auch die Amtsübergabe der einzelnen Ministerien an ihre neuen Leiter erfolgt. Heute abend um 6 Uhr wird der Reichkanzler sein Kabinett dem Reichspräsidenten vorstellen, der es dann vereidigen wird. Die ursprünglich beabsichtigte Kabinettsitzung ist abgesetzt worden. Dafür findet heute nachmittags um 3.30 Uhr eine Ministerbesprechung statt, d. h. also eine Kabinettsitzung in engerem Kreise. In dieser Sitzung wird die Regierungserklärung ausgearbeitet und das Arbeitsprogramm bestimmt werden.

Englische Stimmen

BRN, London, 31. März. (Tel.) In einem Leitartikel über das neue deutsche Kabinett sagt „Daily Telegraph“: Deutschland hat die seit Monaten in Sicht gewesene, aber ganz plötzlich eingetretene Kabinettskrise mit noch nie dagewesener Schnelligkeit überwunden. Die Kräfte des Interregnums ist auf den persönlichen Einfluß des Präsidenten von Hindenburg zurückzuführen, der entschlossen war, in den notwendigen finanziellen Reformen keine Verzögerung eintreten zu lassen. Sein Erfolg ist ein Beweis der gesunden Vernunft, die er bei Erledigung seiner Amtspflichten bewährt hat. Das Verbleiben von Dr. Curtius im auswärtigen Amt bietet die Sicherheit, daß die Politik des verstorbenen Dr. Stresemanns fortgesetzt werden wird. Auch der „Times“ würdigt im einzelnen die vorbildliche Haltung des Reichspräsidenten, der sich in glücklicher Weise bemüht, seine Parlamentarier mit dem Geiste der Zusammenarbeit in inneren und in auswärtigen Fragen zu erfüllen.

Neue Krise auf der Flottenkonferenz

Frankreichs Sicherheitsforderungen

BRN, London, 31. März. (Tel.) Die Wälder berichten, daß auf der Flottenkonferenz eine neue Krise eingetreten sei. „Daily Herald“ schreibt: Es ist den britischen und den französischen Sachverständigen bisher nicht gelungen, eine Formel zu finden, die die beiderseitigen Standpunkte miteinander veröhnen würde. Sie haben festgelegt, daß die Klust so groß ist, daß eine Fortsetzung der Beratungen zwecklos erscheint, wenn keine neuen Instruktionen erteilt werden.

Die Franzosen hätten darauf bestanden, daß ein militärisches Vorgehen Großbritanniens unter gewissen Bedingungen automatisch eintreten müßte, wie bei dem Locarnovertrag, während die Engländer erklärten, sie könnten nicht vorschlagen, was Großbritannien möglichst rasch tun würde, an einem Kriege teilzunehmen, wenn dies den britischen Interessen zumverleie. „Daily Telegraph“ sagt: Im Laufe des heutigen Tages wird darüber entschieden werden, ob es noch irgendeinen Zweck hat, daß die Verhandlungen der britischen und französischen Sachverständigen fortgesetzt werden, oder ob sie besser völlig eingestellt werden können.

Die Younggelehe in Frankreich angenommen

Die französische Kammer hat am Sonntag früh in ihrer bis 2 Uhr morgens dauernden Nachtigung zunächst den grundlegenden Artikel 1 des Gesetzes zur Ratifizierung der Haager Abkommen mit 580 gegen 55 Stimmen angenommen. Sodann wurden die weiteren drei Artikel des Gesetzes in rascher Folge verabschiedet und das Gesetz in der Gesamtabstimmung, nachdem Ministerpräsident Lardieu die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 627 gegen 38 Stimmen angenommen, bei 21 Stimmenthaltungen.

Albert Thomas

über „10 Jahre internationales Leben“

Im Rahmen der Veranstaltungen des Komitees für internationale Aussprache hielt am Sonntagabend in Berlin Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, im vollbesetzten Reichstagsaal einen Vortrag über „Zehn Jahre internationales Leben“.

Thomas entwickelte in der ihm eigenen Formgewandtheit und eindringlichen Weise ein Bild des völkerverbindlichen Lebens und der mit dem Völkerverbund zusammenhängenden Fragen, von ihrem Anfang im Jahre 1918 bis zum heutigen Tage. Er gelangte dabei zu der Feststellung, daß dieses internationale Leben noch kein kontinuierliches und selbsttätiges geworden sei, daß es vielmehr fortwährend neuer Impulse und eines ununterbrochenen Suchens neuer Formen und neuer Arbeitsmethoden bedürfe, um dieses Leben weiter zu entwickeln. Er gab seinerseits der Überzeugung Ausdruck, daß die Vertiefung des Kollektivlebens, wie es sich in der derzeitigen Entwicklung der Staaten und Nationen spiegelt, die bisherigen Mängel der internationalen Organisation und ihrer Ausbarmachung beseitigen werde. Mit einem warmen Appell an die Verständigung schloß der Redner unter lebhaftem Beifall seiner Ausführungen.

Röffe wieder Vorsitzender der Straßburger Lehrer. Die Berufsgewerkschaft der Straßburger Lehrer hat einstimmig den Autonomen Röffe wieder zum Vorsitzenden gewählt.

Die Reichsregierung

Brüning-Schiele

Ernennung durch den Reichspräsidenten

Die neue Reichsregierung Brüning hat heute, Montag, vormittags bereits die Geschäfte übernommen. Der Reichspräsident hat den Reichstagsabgeordneten Dr. Brüning zum Reichskanzler ernannt und die bisherigen Minister Dr. Grüner (Reichswehrminister), Dr. Curtius (Reichsminister des Auswärtigen), Dr. Schäfer (Reichspostminister) und Dr. Moldenbauer (Reichsminister der Finanzen) bestätigt.

Neu ernannt wurden Dr. Wirth zum Reichsminister des Innern, Dietrich zum Reichswirtschaftsminister und Stellvertreter des Reichskanzlers, Dr. Stegerwald zum Reichsarbeitsminister, v. Guérard zum Reichsverkehrsminister, Dr. Schiele zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Prof. Dr. Vredt zum Reichsminister der Justiz und Trevira aus zum Reichsminister für die besetzten Gebiete.

Aufgaben und Absichten des neuen Reichskabinetts

Das Kabinett wird heute nachmittags 6 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammentreten, um sich zu konstituieren, und die Regierungserklärung auszuarbeiten, die der Reichskanzler Brüning am Dienstagmorgen vor dem Reichstage abgeben wird. Das Kabinett wird ferner sofort mit der Ausarbeitung eines Rahmengesetzes beginnen, das die Regelung der Finanzen, der Agrarfragen und des Ölproblems umfaßt. Dieses Gesetz soll sobald wie möglich dem Reichstage zugehen, so daß es noch im Laufe der neuen Woche in den Ausschüssen zur Beratung kommt. Aus Berlin wird weiter gemeldet:

In Kreisen, die dem Kabinett nahesteht, wird betont, daß die meisten Mitglieder der neuen Regierung bereits dem alten Kabinett angehört. Das habe den Vorteil, daß die Minister sich nicht erst in die Probleme einzuarbeiten brauchen, sondern die sachliche Arbeit sofort beginnen können. Die Arbeit geht von der Auffassung aus, daß in erster Linie die ungeheure Arbeitslosigkeit bekämpft werden muß. Das Arbeitslosenproblem sei mit den bisher angewandten Mitteln nicht zu lösen. Die Regierung will deshalb andere Wege beschreiten, indem sie alle Anstrengungen zur Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung, namentlich ihres großen landwirtschaftlichen Teiles macht. Die Verwirklichung dieses Gedankens soll durch das Agrarprogramm eingeleitet und durch das Ölprogramm unterstützt werden. Hebung der Kaufkraft bedeutet vermehrten Bedarf und Wiederbelebung der Produktion, also Verminderung der Arbeitslosigkeit. Damit würde auch die Belastung des Reichshaushaltes aufhören, die schließlich den Rücktritt des letzten Kabinetts verursacht hat.

Das Rahmengesetz, das das Kabinett vorlegt, wird stark von diesen Gedankengängen beherrscht sein. Für die Lösung dieses Kernproblems unserer augenblicklichen Lage wird die Zeit bis Ende des Jahres für erforderlich erachtet. Soweit der gegenwärtige Status des Arbeitslosenproblems kurzfristige Zwischenmaßnahmen notwendig macht, wird das Reichskabinett sie treffen.

Das Kabinett Brüning hat die Absicht, seine Aufgabe in Zusammenarbeit mit dem Reichstage zu lösen. Schematisch gerechnet, fehlen dem Kabinett 26 Stimmen an der Mehrheit. Bei der Annahme eines Mißtrauensvotums wird der Reichstag aber unter allen Umständen aufgelöst werden.

Reichskanzler Brüning wird in seiner Erklärung am morgigen Dienstag keinen Zweifel darüber lassen, daß er entschlossen ist, alle verfassungsmäßigen Ermächtigungen auszunutzen, wenn der Reichstag nicht bereit sei, sich dem Kabinett zur Beseitigung des augenblicklichen schweren Notstandes zur Verfügung zu stellen. In politischen Kreisen wird verlautet, daß gegebenenfalls auch vor einer zweiten Auflösung nicht zurückgeschreckt werden würde.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Verfassungsmäßigkeit des Artikels 48 und der Auflösungsermächtigung auch von der Sozialdemokratie nicht bestritten worden ist, solange sie selbst zur Regierung gehörte. Daran vermöge auch der Sonntagartikel des „Vorwärts“ nichts zu ändern, in dem an den neuen Reichsinnenminister Dr. Wirth appelliert wird, zu verhindern, daß der Artikel 48 angewendet werde, um einen Ausweg aus den parlamentarischen Schwierigkeiten zu eröffnen.

Jedenfalls hat die Reichsregierung nach unseren Informationen die Absicht, die Aufgabe, die Reichspräsident von Hindenburg ihr gestellt hat, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln durchzuführen. Ob das allerdings ohne eine Reichstagsauflösung möglich ist, das hängt wesentlich von der Haltung der deutschnationalen Fraktion ab. Für sie betrachtet man es als symptomatisch, daß der Reichsernährungsminister Schiele zur Niederlegung seines Reichstagsmandats gezwungen wurde, die übrigens voraussichtlich am heutigen Montag erfolgen wird.

In Regierungskreisen bezeichnet man die Auflösung aber als eine Frage zweiter Ordnung. Das wesentlichste sei, daß die Regierung mit aller Energie an die sachliche Arbeit herangeht. Den entscheidenden Willen dazu, und zu einer straffen und sparsamen Führung der Reichsgeschäfte wird der Kanzler in seiner kurzen Erklärung am Dienstag deutlich bekundet.

Schieles Programm

Zur Ernennung des Landbundesführers Schiele zum Reichsernährungsminister schreibt die „Landwirtschaftliche Wochenschau“, sie sei zu der Erklärung ermächtigt, Schiele betrachte

... in seiner neuen Eigenschaft als Ernährungsminister als der Sachverwalter der gesamten deutschen Landwirtschaft der gegenüber er in der Führung der „Grünen Front“ gemeinsam mit den drei anderen Bauernführern die Verpflichtung zur Durchsetzung eines ausreichenden und alle Interessen der Landwirtschaft umfassenden Rentabilitätsprogramms übernommen habe, eines Programms, das zugleich das beste Verbraucherprogramm darstelle, weil die Wiederaufrichtung der Landwirtschaft auch der ganzen deutschen Volkswirtschaft neuen Antrieb geben werde.

Schiele habe sich, so heißt es in der Auslassung weiter, erst dann zur Annahme seines neuen Amtes entschlossen, als er alle Bürgerpflichten erfüllt habe, die seine Bedingungen auch mit aller eifrigsten Beschleunigung erfüllt würden. Soweit die landwirtschaftlichen Fragen im engeren Sinne in Betracht kämen, sei Schieles Programm unbeeinträchtigt das Programm der Grünen Front. Wenn Schiele in dieser Stunde und in diesem Kabinett das Reichsernährungsministerium übernommen habe, so bedeute das zugleich, daß der Reichspräsident sich auch selbst die Forderungen der Grünen Front zu eigen gemacht habe.

W.D. Berlin, 31. März, (Tel.) Reichsernährungsminister Schiele hat in einem Schreiben an den Präsidenten des Reichstags vom heutigen Tage an sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niedergelegt.

Dank des Reichspräsidenten an Reichstanzler Müller
Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichstanzler Hermann Müller ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm namens des Reiches wie auch persönlich Dank und Anerkennung für die pflichttreue, mühevollen und stets vom Streben nach Sachlichkeit getragene Arbeit ausspricht.

Auch den übrigen aus dem Amte scheidenden Mitgliedern der Reichsregierung hat der Herr Reichspräsident bei der Übersendung der Entlassungsurkunden seinen Dank für ihre Arbeit zum Ausdruck gebracht.

Stürmische Fahrt der „Europa“

W.D. New York, 31. März, (Tel.) Die „Europa“ hat auf der Rückfahrt nach Deutschland, ihrer ersten Ostreise, bisher sehr ungünstiges Wetter gehabt. In den 25 Stunden Schiffszeit zwischen Samstag mittag und Sonntag mittag hat sie bei stürmischem Wetter nur 678 Seemeilen zurückgelegt, was einem Stundenumschnitt von 24,7 Meilen entspricht.

Ein transatlantischer Dampfer von Eisbergen blockiert
Calif., 31. März, (Tel.) Der Cunard-Dampfer „Mannis“, der sich auf der Fahrt von London nach New York befindet, berichtet durch Funkpruch, daß er am Donnerstag an der Südspitze der großen Sandbank von Newfoundland, die sich auf der Hauptroute der transatlantischen Dampfer befindet, zwei Stunden lang die Fahrt unterbrechen mußte, weil er von acht Eisbergen, die sich in Kufeisenform um ihn gelagert hatten, nahezu eingeschlossen war. Der Dampfer meldet, daß er 22 weitere Eisberge angetroffen habe, die östlich von Newfoundland auf der großen transatlantischen Schifffahrtsroute treiben.

In Lorch (Württ., Oberamt Weilheim) ist in der Nacht zum Sonntag die Teigwarenfabrik Gebr. Daiber, die annähernd 200 Personen beschäftigt, mit dem fünfstöckigen Hauptgebäude und dem Kontorgebäude fast vollständig niedergebrannt. Der Sachschaden ist bedeutend.

In Saarbrücken wurde ein unter dem Epitheton „Negro“ bekannter, über beleumdeter Goldarbeiter Weder aus Oberstein unter dem Verdacht verhaftet, daß er versucht habe, junge Leute nach Frankreich zu verschleppen, um sie in die Fremdenlegion zu bringen.

Aus der Freibrückung des Jellengefängnisses in der Leberstraße in Berlin ist in der vergangenen Nacht der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Mörder Goldbach zusammen mit dem Kaufmann Schröder, der wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ausgebrochen. Die Eisentrillen vor den Fenstern waren verbogen. Beide waren hindurchgeschlüpft, hatten sich von einem benachbarten Dach an einem Seil hinabgelassen und waren entkommen.

Ein furchtbares Unglück ereignete sich auf dem Odrinaberg, der teils zu Jugoslawien, teils zu Dalmatien gehört. Während eines plötzlichen Sturmes verlor die Maschine eines Motorbootes, in dem sich eine Anzahl ausländischer Konsuln und Konsulatsbeamter aus Koriza einen Ausflug unternommen hatten. Es entstand eine große Verwirrung und die Passagiere sprangen über Bord, um die 200 Meter entfernte Küste schwimmend zu erreichen. Neun von ihnen ertranken, darunter der griechische Konsul und seine Frau, ferner die Frau des tschechischen Konsuls und die Frau des Sekretärs des jugoslawischen Konsuls.

Badisches Landestheater Die Jüdin

Die Zeiten, in denen so mancher Leute wie Meyerbeer und Halévy in die ästhetische Folterkammer verwies, scheinen endgültig vorüber. Was auch diese beiden Juden, bekanntlich die eigentlichen Schöpfer der großen historischen Pariser Oper, in ihrem langen Leben herunterkomponiert haben, neben Schwächen und geradezu banalen Funden sich überall doch zuviel Geistesreichtum und in seiner Art Vollendetes, als daß man auf die Dauer den Wert der einen oder anderen Partitur verschweigen dürfte. Und es sind darunter oft sehr wirksame Szenen, die da mit technischer Meisterlichkeit verziert wurden, ja, deren theatralischer Prachtbau veröhnt sogar mit der lägerischen Maske, hinter der mehrmals mit offenkundiger Ironie sich die primäre historische Situation birgt, um nur dem von der damaligen Mode eben geforderten melancholischen Tonfall und möglichst kräftigen Akzenten heroischer Gefühlsentladung huldbig zu können.

Ein solches Produkt ist zweifellos Halévy's „Jüdin“. Mag das Werk auch als Erscheinung der Musikgeschichte noch so hartnäckig und mit häßlichen Waffen bekämpft worden sein, seine Grabrede ist trotzdem noch lange nicht gehalten, im Gegenteil, das Totengesagte pflegt ein um so zäheres Leben zu haben, und wenn es mitunter gerade noch zu geizigeren schien, so erweist sich plötzlich, daß doch mehr Lebenskraft darin steckt, als man eigentlich vermutet hätte. Gewiß, der erste Akt bleibt, auch bei der jetzigen Neueinstudierung am Badischen Landestheater, bedenklich schwach; aber danach, zumal im zweiten und dritten Aufzuge, werden Talismanen so geschickt aufgezupft, daß sie den Anschein echten Fühlens erwecken und fest im Strom wahrer Leidenschaft dahingleiten. Dagegen bejagt selbst der fanatische Haß Wagner's nicht viel, der — wir wissen es heute zur Genüge — nur deshalb gegen Meyerbeer und Genossen zu Felde zog, weil er gegen die Gefahr seiner eigenen Natur dabei aufs erbitterteste anlangte. Bezeichnend man des näheren die betreffende Neueinstudierung als auf respektabler Höhe stehend, so ist damit in erster

Aus den Ländern

Das Thüringische Ermächtigungsgesetz

Der Landtag von Thüringen nahm am Samstag das Ermächtigungsgesetz mit 28 Stimmen der Bürgerlichen gegen 25 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und der Demokraten in namentlicher Abstimmung an. Abg. Brill (Sozdem.) widersprach namens seiner Fraktion der Festsetzung des Präsidenten, daß das Gesetz angenommen sei, da es nicht mit der verfassungsmäßigen Mehrheit verabschiedet sei.

Wie verlautet, wird von der thüringischen Regierung auf Grund des im Landtag angenommenen Ermächtigungsgesetzes die Verstaatlichung der kommunalen Polizei in einer Anzahl thüringischer Städte durchgeführt werden. Vorerst sind in Aussicht genommen Weimar, Jena, Gotha, Hildburghausen und Jella-Meßlis, in denen sich bereits Abteilungen der Landespolizei befinden.

Der Hauptzweck sei, die Landespolizei und die Gemeindepolizei zu einer Schutzpolizei zusammenzufassen. Wenn das Polizeiwesen umorganisiert ist, würde Thüringen künftig 1670 staatliche Polizeibeamte haben. Das Reich gewährt einen Zuschuß von 1227 M pro Kopf für die wirklich vorhandenen staatlichen Polizeibeamten, dies natürlich unter der Voraussetzung, daß die Zuschußsperrre wieder aufgehoben wird. Alle Städte, in denen die Polizei verstaatlicht ist, sollen Beiträge zu den Polizeikosten leisten. Der Entwurf zu einem Polizeibeamtengesetz soll nahezu fertiggestellt sein.

Braunschweig und Preußen

In braunschweigischen Landtag erklärten sich auch die Vertreter der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei für die Aufnahme erneuerter Verhandlungen mit Preußen. Da die Gemeinschaft der Mitte (Wirtschaftspartei und Demokraten) bereits vorher eine Entschließung eingebracht hatten, die die Aufnahme von Verhandlungen mit Preußen forderte, so ist anscheinend eine starke parlamentarische Mehrheit für die Aufgabe der Selbständigkeit des Landes. Dagegen sind die braunschweigisch-niederländische Partei, die im Landtag nicht vertreten ist, und die Nationalisten, die nur einen Abgeordneten im Landtag haben.

Reichsratsbeschlüsse

Der Reichsrat nahm am Samstag bei Stimmhaltung des Landes Thüringen das neue Hausgesetzbuch an. In diesem Gesetz haben die Ausschüsse des Reichsrats verschiedene Änderungen vorgenommen. Es sollen auch die Tätigkeiten in gehobener Stellung einbezogen werden. Zu den Ausnahmen hat der Reichsrat einige weitere hinzugefügt, er hat nämlich die Angestellten ausgenommen, die überwiegend mit Krankenpflege beschäftigt werden. Gegenstand des Gesetzes sind Arbeitsvertrag und Arbeitsvertrag der Hausgehilfen. Ferner nahm der Reichsrat noch eine Verordnung zur Ausführung des Maisgesetzes an. Sie sieht die Bildung einer Reichsmaisstelle mit dem Sitz in Berlin vor, die dem Reichsernährungsminister unmittelbar unterstellt wird in der Form einer G. m. b. H. mit 100 000 M Stammkapital, wovon der Handel höchstens 65 000 M, die landwirtschaftlichen Warenzentralen höchstens 35 000 M übernehmen können. Wenn bis zum 1. April die Gesellschaft nicht zustandekommen sollte, würde das Reich selbst die Gründung übernehmen und dabei mindestens 51 000 M einlegen.

Stegerwald über die Wirtschaftslage

In Duisburg sprach am Sonntag in einer großen Kundgebung der christlichen Gewerkschaften Reichsinnenminister Dr. Stegerwald über Deutschlands gegenwärtige wirtschaftspolitische Lage. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Sätzen:

In Deutschland herrscht im Hinblick auf seine Gesamtlage in vielfacher Hinsicht noch ein wirtschaftliches Chaos. Trotz Kapitalknappheit werden in Deutschland jährlich noch viele Millionen wirtschaftlich verfehlt angelegt. Die Gütererzeugung unterfällt im allgemeinen zu wenig, die Güterverteilung zu viel Menschen. Auch der Konsum ist in Deutschland noch sehr unregelmäßig. Von mehr als 100 Milliarden Reichsmark Jahresumsatz in Deutschland werden noch zahlreiche Milliarden für nicht notwendiges und überflüssiges verausgabt, während für einen großen Teil des deutschen Volkes es an dem Nötigsten für die Befriedigung der primitivsten wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse fehlt. Auf diesen und anderen Gebieten findet ein wirtschaftlicher Generalstreik oder eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern eine nützlichere und lohnendere Aufgabe für das deutsche Volk als in den ständigen Auseinandersetzungen zwischen Wirtschaftsautorität und Klassenkampf.

Nähertritt des irischen Kabinetts. Das irische Kabinett Cosgrave ist nach seiner gestrigen Niederlage bei der Abstimmung über das Alterspensionsgesetz zurückgetreten.

Linie das Format der solistischen Leistungen gemeint, da man von einer dekorativen Neuauflage so ziemlich Abstand genommen hat. Wir müssen diesbezüglich vor allem Fine Reich-Drich (Meda), Theo Straß (Gleazar) und Adolf Schöpflin (Kardinal) nennen, ein Terzett, das mit scharfer, schauspielerischer wie gefanglicher Profilierung den Erfolg des Abends entschied. Lobenswert natürlich auch Mary Gfells-groth und Wilhelm Kuntwig, die sich mit den unantastbaren Partien der Prinzessin Eudora und des Fürsten Leopold wiederum geschickt abfinden. Viel zur Wirksamkeit der von Generalmusikdirektor Josef Krips umsichtig geleiteten Aufführung trug weiterhin der Chor bei, ebenso wie das Ballett, das zu Anfang des dritten Aktes in farbenfroher Aktion trat. Hier setzte auch die Regie (Hans Gredas Rubenbecker) mit einigen glücklichen Einfällen ein, nachdem sie zu Anfang ebenfalls verlag und den Ansprüchen auf glaubwürdige szenische Verwirklichung des Geschehens dort noch kaum genügt hatte. Es gab starken und für die Hauptdarsteller von Herzen kommenden Beifall im auffallend gut besuchten Haus. S. Sch.

Der Heidelberger Oberbürgermeister und das Stadttheater. In einer Pressebesprechung erklärte der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, er glaube nicht, daß die in einer öffentlichen Protestversammlung gemachten Vorschläge noch eine Änderung des Stadtratsbeschlusses hinsichtlich einer Stilllegung des Stadttheaters herbeiführen könnten, weil das finanzielle Ergebnis nicht ausreichen werde, auch wenn die Besucherorganisationen ihre Zahlungen erhöhen und die Platzmieten für die Theaterabonnenten erhöht würden. Es werde außerdem dem Intendanten nicht gelingen, jetzt schon die erforderlichen 50 000 Reichsmark durch Personalreduzierungen zu ersparen; und dann würde auch nicht die Stadt in der Lage sein, die noch verbleibenden restlichen 50 000 M zuzuschießen. Vielleicht könne ein privatgegründeter Theaterausföhrer helfen, aber nur dann, wenn er die nötigen Mittel schnellstens beschaffen könnte. Man müsse wohl annehmen, daß der Bürgerausföhrer in seiner Sitzung am 9. April mit dem Vorschlag auch die Schließung des Theaters bestimmen werde.

Ein kommunistischer Bauernkongress

In Berlin ist am Samstag ein „Europäischer Bauernkongress“ zusammengetreten, bei dem es sich in Wirklichkeit um eine kommunistische Unternehmung handelt. Die Berliner politische Polizei erinnerte sich dabei daran, daß sie jederzeit das Recht auf Kontrolle habe, drang mit 25 Beamten in den Sitzungssaal und nahm sämtlichen Delegierten die Pässe gegen Quittung ab. Unter den 145 Teilnehmern befanden sich 77 Ausländer, von denen 26 ohne ordnungsmäßige Legitimation waren und höchstwahrscheinlich illegal die Grenze überschritten haben. Unter ihnen befanden sich 17 Polen, 4 Tschechen, 1 Italiener, 1 Südlawen, 1 Litauer und 2 Russen. Die ohne Legitimation Betroffenen werden dem Schnellrichter vorgeführt.

W.D. Berlin, 31. März, (Priv.-Tel.) Von den 26 Delegierten des Internationalen Bauernkongresses, die am Samstag verhaftet wurden, weil sie nicht in Besitze eines Passes waren, sind inzwischen drei wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da sie nachweisen konnten, daß sie ihren Wohnsitz zur Zeit in Deutschland haben. Sie konnten auch ihre Legitimationspapiere, die sie zu Hause gelassen hatten, herbeischaffen. Die übrigen 23 werden heute vom Schnellrichter wegen Passverwehrens abgeurteilt.

Die neue polnische Regierung

Der polnische Staatschef Marschall Pilsudski hat den Obersten Slawet vom Staatspräsidenten mit der Kabinettsbildung betrauen lassen. Slawet ist ein alter Revolutionär der Tat unter dem russischen Regime gewesen, wo er beim Versen einer Bombe selbst schwer verwundet wurde und mit knapper Not dem Tode entkam. Er entstammt der fürstlichen Familie Geywerts und hat seinen ursprünglichen Namen während der Befreiungsaktion in Slawet umgewandelt. Er ist — wie die „Frankf. Ztg.“ aus Warschau meldet — wohl der energischste Mann der verhängnisvollen Oberstengruppe, die Pilsudski antreibt und für die diktatorischen Maßnahmen verantwortlich ist. Gegenüber der Regierung Partel weist sein Kabinett nur zwei Änderungen auf: Den Voritz hat Slawet, und das Justizportefeuille wird an Stelle von Dutkewicz mit dem von der Linksoption so stark bekämpften Justizminister in der ehemaligen Regierung Swiatkisi, Car, besetzt. Aus der Zusammenlegung der neuen Regierung ist somit zu ersehen, daß den Wünschen der oppositionellen Sejmtheit nicht Rechnung getragen wurde.

Schiedspruch im Tarifstreit der Reichsbahngesellschaft. Im Tarifstreit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit den Angestellten-Gewerkschaften hat eine Schlichtungsverhandlung in Berlin stattgefunden. Da eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen war, fällt die Schlichterkammer einen Schiedspruch, nach dem der Reichsbahngesellschaftsverband unverändert wieder in Kraft gesetzt wird.

Das Pariser Gericht hat die provisorische Entlassung der Direktorin der „Gazette du Peuple“, Frau Martha Hanau, angeordnet. Frau Hanau soll gegen eine Kaution von 800 000 Franken sofort freigelassen werden, sobald es ihr Gesundheitszustand erlaubt. Da sie aber nach 28-tägigen Hungerstreik sehr entkräftet ist, dürfte sie nicht vor 4–5 Tagen in der Lage sein, das Gefängnis zu verlassen.

Am letzten Mittwoch wurde in der Umgebung der Stadt Oklahoma City eine Petroleumquelle angebohrt, deren Ausfluß innerhalb weniger Tage 2000 Fuß stündlich erreichte. Das Volumen der austretenden Gase wird auf 200 Millionen Kubfuß täglich geschätzt. Eine große Anzahl von Arbeitern ist damit beschäftigt, die gewaltigen Petroleummengen einzudämmen, die die ganze Umgebung überschwemmen und der Gefahr einer Brandkatastrophe aussetzen.

Der Gouverneur des Staates New York, Roosevelt, hat die Todesstrafe, die über den deutschen Staatsangehörigen Edel wegen Ermordung der Schauspielerin Harrington verhängt worden ist, in eine lebenslängliche Gefängnisstrafe umgewandelt, weil die Prüfung der Akten ihn nicht davon überzeugt habe, daß der Nachweis von der Schuld Edels genügend frei von Zweifelsmomenten sei. Edel wurde auf Grund eines Indizienbeweises verurteilt.

Gemeinderundschau

Wiederwahl des Offenburger Oberbürgermeisters. Am Donnerstagabend fand in Offenburg die Wahl des Oberbürgermeisters statt, da im Juni die Amtsperiode (9 Jahre) des jetzigen Stadtoberhauptes abläuft. Oberbürgermeister Joseph Koller wurde auf die Dauer von neun Jahren wiedergewählt, und zwar erfolgte die Wahl aus allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten. — Oberbürgermeister Koller war früher Notar und war vor zehn Jahren zum Bürgermeister und nach der Zurücksetzung des Oberbürgermeisters Hermann (vor neun Jahren) zum Oberbürgermeister, damals von Zentrum und Sozialdemokraten, gewählt worden. Durch seine streng unparteiische Amtsführung und seinen großen Arbeitseifer hat er sich im Laufe der Jahre auch bei den anderen Parteien große Sympathien erworben, so daß auch sie für seine fast einstimmige Wiederwahl eintraten. — Von 90 Wahlberechtigten haben 86 ihre Stimmen für Oberbürgermeister Koller abgegeben, 3 Stimmen fielen auf den Kommunisten-Vorleiter, im Mannheim, 1 Stimme war ungültig.

Der Bürgerausföhrer Mannheim hat die Errichtung eines Instituts zur sprach- und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung von Dolmetschern an der Handelshochschule genehmigt. Dagegen stimmten nur die Kommunisten und drei Wirtschaftsparteiler. — In nichtöffentlicher Sitzung wurde ein Darlehen an das Stadthotel in Höhe von 150 000 M bewilligt und der Stadtrat ermächtigt, etwa noch bis zum Juni d. J. notwendig werdende weitere Darlehen, und zwar bis zur Gesamthöhe von 100 000 M dem Stadthotel zu geben.

Kommunale Sorgen in Heidelberg. Der Heidelberger Haushaltsplan für 1930, der mit 26,88 Millionen abschließt, enthält für das Stadttheater nur die Summen, die auch bei der Stilllegung des Betriebes ausgeworfen werden müssen. In diesem Jahre werden dadurch 125 000 M, bei längerer Schließung in den folgenden Jahren je 250 000 M frei. Die Schließung des Theaters wird jedoch nach einer ausdrücklichen Erklärung des Oberbürgermeisters nur eine vorübergehende sein. Das städtische Orchester erscheint mit seinen vollen Beträgen im Vorschlag und wird in der Zahl seiner Mitglieder (48) nicht verringert. Die angespannte Finanzlage zwingt die Stadt, Mehreinnahmen in Höhe von 1,57 Mill. zu suchen. Zu diesem Zweck wird die Umlage um 10 Pf., und die derzeitigen Hundertfüße der Umlage von 290 auf 250 Prozent erhöht. Außerdem wird neu eingeführt eine Straßentrümmungsgebühr, aus der ein Überschuß von 210 000 M erwartet wird. Durch eine Erhöhung der Tarife der städtischen Werke soll eine Mehreinnahme von 962 000 M erzielt werden. Außerdem werden die Grundsteuer und die Anliegerbeiträge für Kanalbaukosten erhöht.

Badischer Teil

Saarfrage und Saarverhandlungen

Am Samstag sprach auf Veranlassung der Ortsgruppe Mannheim des Bundes der Saarvereine, der Präsident des saarländischen Landrats, Scheuer, St. Ingbert, über „Saarfragen und Saarverhandlungen“.

Vor ausföhrlicher Zuschauerzahl, in deren Reihen man Vertreter der Stadt, der Wirtschaft, der Grenz- und auslandsdeutschen Vereine, der großen Parteien, verschiedene badische Landtagsabgeordnete, und anderer kommunaler, staatlicher und privater Körperschaften bemerkte, wies Herr Scheuer nach einem Überblick über die politische und wirtschaftliche Struktur des Saargebietes und damit zusammenhängender Wünsche und Forderungen auf den Stand der zur Zeit schwebenden Verhandlungen zwischen dem Reich und Frankreich hin. Neben erwähnte als besonderes Charakteristikum der gegenwärtigen Lage die Tatsache, daß Frankreichs Ministerpräsident, Lardieu, vor zehn Jahren noch entschiedener Gegner jeden Gebankens an Rückgabe des Saarländes, sich heute anschießt, im Namen seines Landes mit Deutschland einen Vertrag über eben diese Rückgabe abzuschließen.

Gautagung des Reichsbanners

Am Sonntag fand in Offenburg die Gaugeneralversammlung des Reichsbanners statt, die aus dem ganzen Lande sehr gut besucht war und von dem 1. Vorsitzenden, dem Gauführer Dr. Helfenstein (Mannheim) geleitet wurde. Als Vertreter des Bundesvorstandes waren erschienen Gebhard (Mannheim) und der stellvertretende Bundesvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Ernst Lemmer. Für die Stadt Offenburg begrüßte Oberbürgermeister Heller die Versammlung. Der Geschäftsbericht ergab, daß das Reichsbanner in den abgelaufenen 2 Jahren eine reiche Tätigkeit entfaltet hat und die Organisation vollkommen neu aufbaute. Es wurden rund 15.200 M an den Bundesvorstand abgeführt. In der anschließenden Aussprache wurde betont, daß das Reichsbanner verlangen müsse, daß republikanische Minister das Beispiel wirklich starker Republikaner geben. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Gauvorstandes. Am Schluß der Tagung sprach der demokratische Reichstagsabgeordnete Lemmer über „Republikanische Offensive“. Er betonte die Notwendigkeit, daß die Republikaner etwas mehr Härte zeigen und sich nicht nur gefühlsmäßig demokratisch einstellen. Für seine Person erklärte Lemmer, er werde der neuen Regierung das Vertrauen entgegenbringen, wenn er die Gewißheit besäße, daß der Abgeordnete Hugenberg mit dieser Regierung nichts zu tun habe.

Schlichter des Einzelhandels

In der Verhandlung vor dem Schlichter für Süddeutschland am Freitag, dem 28. März, wurde die Streiftaxe durch Vereinbarung erledigt.

Aus der Landeshauptstadt

Fünfzig Jahre im Dienste der Genossenschaft. Der Kassier und stellvertretendes Vorstandsmittglied im Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, Ludwig Breinung, scheidet mit Ablauf des Monats März nach fünfzigjähriger Dienstzeit aus seiner Tätigkeit aus und tritt in den wohlverdienten Ruhestand. Breinung, 1865 in Karlsruhe geboren, trat am 1. April 1880 als Lehrling in den Lebensbedürfnisverein ein. Er arbeitete sich nach und nach zu der Stellung als Kassier und stellvertretendes Vorstandsmittglied empor. In einer feierlich gestimmten Abschiedsfeier wurde dem Scheidenden vom Vorstand und Aufsichtsrat, vom Vorstand des Verbandes süddeutscher Konsumvereine, sowie von seinen nächsten Mitarbeitern unter Überreichung von Ehrengechenken Dank und Anerkennung zum Ausdruck gebracht. Auch seitens des Reichspräsidenten, des badischen Staatspräsidenten und der Handelskammer für den Bezirk Karlsruhe wurde des Arbeitseteranen ehrenvoll gedacht.

Urteil im Beleidigungsprozess Schmid. Nach über dreißigstündiger Beratung wurde im Prozess Schmid am Samstag das Urteil verkündet. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten wegen öffentlicher, durch Druckschriften begangener Beleidigung auf 100 M Geldstrafe, im Nichtbringungsfall auf 10 Tage Gefängnis, ferner auf Erstattung der Kosten des Verfahrens. Dem badischen Justizminister wurde die Befugnis zugesprochen, das Urteil binnen eines Monats nach Erlangung der Rechtskraft im „Volksfreund“, in der „Badischen Zeitung“ und im „Führer“ zu veröffentlichen. Alle Exemplare der Broschüre sowie die Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen. Zur Begründung des Urteils führte Landgerichtspräsident Dr. Rudmann u. a. aus: Das Schwurgericht ist 1. der Überzeugung, daß die Konstanzer Richter bei jenem Urteil vom 18. Januar 1912 nach bestem Wissen und Gewissen und nach voller innerer Überzeugung gehandelt haben, 2. das Schwurgericht ist auf Grund der Beweisaufnahme weder von der Schuld noch von der Unschuld des Angeklagten überzeugt. Es ist der Auffassung, daß ein ausreichender Beweis für die Schuld des Angeklagten in jenem Falle nicht erbracht ist. Der Tatbestand der beklamten Beleidigung fällt daher aus. Die Frage, ob der Angeklagte unter dem Schutze des § 93 (Wahrung berechtigter Interessen) steht, hat das Gericht eingehend erörtert und verneint. Es hat sich damit der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts angeschlossen, das auf dem Standpunkt steht, daß die Wahrung berechtigter Interessen nicht in Frage kommt, wenn ein Angeklagter einen anderen durch Beleidigungen zwingt, Privatklage zu erheben.

Opferkammer. In der Bonifatinskirche sind am Sonntag nachmittag die Affischen aufgestellt worden. Doch ist den Mäubern nur wenig oder gar nichts in die Hände gefallen, weil die Opferkammer kurz zuvor geleert worden waren.

Schwerer Motorradunfall. In der Nacht auf Sonntag fuhr ein lediger Kaufmann von hier mit seinem Motorrad, auf dessen Sozius ein weiterer junger Mann saß, mit übermäßiger Geschwindigkeit durch die Kaiserstraße. Beim Kaiserplatz beslor der etwas angetrunkene Fahrer die Herrschaft über sein Fahrzeug und fuhr gegen einen Leitungsmaß, so daß er und sein Mitfahrer zu Fall kamen und beide schwer verletzt wurden.

Colosseum. Heute, Montag, abend, verabschiedet sich die Waldau-Burhard-Revue. Ab morgen, Dienstag, hat die Direktion die bekannte Jupp Wilhelmis Lustige Bühne zu einem kurzen Gastspiel verpflichtet, welche abendlich den tollen Schwanz in 3 Akten „Der kleine Napoleon in der Westentasche“ zur Aufführung bringt. Jupp Wilhelmis ist Schwandichter, Regisseur und Hauptdarsteller seiner Stücke in einer Person. Es umgibt ihn ein Kranz tüchtiger Bühnenkünstler, wie Willi Hartmann von der Operettenbühne Frankfurt a. M., Emil Marlow vom Stadttheater Heidelberg, Margarete Sarrat vom Kleinen Theater in Leipzig u. a. m. In den lustigen Schwanz sind auch die neuesten Schläger eingereicht. Wie üblich finden auch Sonntag nachmittags um 1/4 Uhr die beliebten Fremdenvorstellungen bei ungelungtem

Abendprogramm statt, worauf, besonders die auswärtigen Besucher hingewiesen werden. Vorverkauf den ganzen Tag im Zigarrenhaus Rehle, Badstraße 34.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der Einbruch maritimer Westwind brachte uns Samstag nachmittag vorübergehende Trübung und Niederschläge. Unter der Einwirkung eines über das Festland ziehenden Zwischenhochs herrschte jedoch gestern wieder größtenteils heiteres und trodenes Wetter. Über England ist heute der Randwirbel eines neuen atlantischen Tiefs erschienen, und unsere Bitterung aber voraussichtlich noch nicht nachhaltig beeinflussen. Wetterausichten: Fortdauer der milden Bitterung, Bevölkerungszunahme und vorübergehend Niederschläge bei nach Südwest drehenden Winden.

Kurze Nachrichten aus Baden

DD. Mannheim, 31. März. Am Samstagnachmittag hat eine 27 Jahre alte ledige Fabrikarbeiterin aus Feudenheim Anzeige erstattet, daß ihr Liebhaber, der 31 Jahre alte Eisen dreher Alfred Stabenau aus Hannover plötzlich gestorben sei. Die Angehörige hatte mit Stabenau in einem notdürftig eingerichteten Unterstand gehaust. Die Verhaftung der Leiche ergab, daß der Tod schon vor einigen Tagen eingetreten sein mußte. Die Frau wurde vorläufig in Haft genommen.

DD. Heidelberg, 28. März. Nach längerer Krankheit ist die weit über Heidelberg hinaus bekannte Frau Selma Wolf-Jaffe, 72 Jahre alt, gestorben. Sie stammt aus Posen und kam im Juli 1916 nach Heidelberg. Sie wurde in der Öffentlichkeit dadurch bekannt, daß sie vor dem Anbruch eines Tages plötzlich im Badischen Landtag erschien und dort von der Tribüne eine Anzahl von Flugblättern zugunsten des Frauenstimmrechts in den Saal warf. Als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion gehörte die Verstorbenen geraume Zeit dem Bürgerausschuß an.

DD. Pforzheim, 31. März. Im Pforzheimer Krankenhaus liegt seit vier Tagen noch ein dritter Trichinosekranke, und zwar Steuerinspektor Gotthold Wieland.

DD. Buggingen, 29. März. Bei den Betriebsratswahlen im Kalwerwalden von 668 Wahlberechtigten 394 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Erstmals wurde vom Gewerkschaftsverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands eine Vorschlagsliste eingereicht. Die freien Gewerkschaften erhielten 269 Stimmen und 6 Sitze, der Gewerkschaftsverein Christlicher Bergarbeiter 85 Stimmen und 2 Sitze. 40 Stimmen waren unguiltig.

DD. Lössen (Baden), 28. März. Im Stadt Steinbruch, oberhalb Lössen, an der Rheinfelderstraße, wurden zwei verhältnismäßig gut erhaltene Mammutschädel gefunden. Der Fund wurde von hiesigen Geologen größtenteils ausgegraben. Die Zähne werden nach ihrer Vergung in Freiburg konferviert, und sollen dem hiesigen Heimatmuseum zugewiesen werden. Es dürfte sich nicht um Skelette, sondern um absolut abgestorbene Zähne handeln, die reichlich zwei Meter lang sind. Die Zähne wurden von einem hiesigen Forstwart entdeckt.

DD. Gessen (Amt Schopfheim), 31. März. Heute früh gegen 8 Uhr ist das große Anwesen des Johann Glänkin in Gessen bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Das alte, mit Stroh gedeckte Haus brannte in wenigen Augenblicken lichterloh. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Brandursache ist unbekannt.

DD. Friedrichshafen, 31. März. Der Bodenseewasserstand hat sich von 2,45 Meter wieder auf fast 2,70 Meter gehoben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	31. März	30. März	29. März	28. März
Amsterdam 100 G.	167.92	168.26	167.86	168.20
Kopenhagen 100 Kr.	112.04	112.26	112.06	112.28
Stapel 100 R.	21.925	21.965	21.935	21.975
London 1 Pf.	20.353	20.393	20.349	20.389
New York 1 D.	4.184	4.192	4.183	4.1915
Paris 100 Fr.	16.87	16.41	16.375	16.415
Schweiz 100 Fr.	80.985	81.145	80.995	81.155
Wien 100 Schilling	58.975	59.095	58.96	59.08
Prag 100 Kr.	12.336	12.416	12.398	12.418

Stahlwerk Mannheim. Die Gesellschaft weist einen Betriebsgewinn von 391.039 (429.184) M aus, von dem 62.077 M (82.080) für Verwaltungskosten in Anspruch genommen werden, so daß ein Reingewinn von 89.429 M (82.227) verbleibt. Es wird vorgeschlagen, eine Dividende von 7 Proz. (6) zu verteilen, 5000 M (10.847) dem gesellschaftlichen Reservefonds zuzuführen, 4700 M (4100) als Aufsichtsratsstättene auszugestatten und 8227 M (8698) auf neue Rechnung vorzutragen.

Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H., Karlsruhe. Die vor 5 Jahren gegründete Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H., Karlsruhe, zählt über 1600 Mitglieder aus den verschiedensten Berufen. Bis heute sind rund 550.000 M Geschäftsguthaben einbezahlt und circa 100.000 M Referven angesammelt worden. Die Spar- und sonstigen Einlagen haben die Höhe von 6,2 Mill. Reichsmark erreicht. Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahre 1929 von 5.644.800 auf 7.221.000 M, und der Gesamtumsatz um rund 15 Mill. auf 129 Mill. Reichsmark. Die gesamten Ausleihungen betragen 5.721.533 M gegenüber 4.299.204 M i. V. Das Gewinnergebnis des Berichtsjahres beziffert sich auf 90.177 M. Daraus soll wie bisher eine Dividende von 10 Proz. auf die bis Ende Juni des Geschäftsjahres, und 8 Proz. für die nach diesem Zeitpunkt einbezahlten Geschäftsguthaben gewährt werden. Nach den Abschreibungen verbleiben 8409 M zum Vortrag auf neue Rechnung. Die 6. ordentliche Generalversammlung ist auf Samstag, den 5. April 1930, nachm. 1/4 Uhr, einberufen.

J. G. Farben. Wieder 12 Prozent Dividende. Die Bilanzierung der J. G. Farbenindustrie-A.G. soll am 26. April stattfinden. Angesichts des befriedigend verlaufenen Geschäftsjahres 1929 wird mit wieder 12 Prozent Dividende gerednet.

Staatsanzeiger

Lössbrieffetrieb. Dem bayerischen Landesverband für Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in München wurde die Erlaubnis zum Lössbrieffetrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 25. März 1930.

Der Minister des Innern: J. A. Schwarz.

Lössbrieffetrieb. Dem Verein zur Erhaltung kirchlicher Baudenkmale in Ehlingen wurde die Erlaubnis zum Lössbrieffetrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 27. März 1930.

Der Minister des Innern: J. A. Schwarz.

Bekanntmachung

Errichtung einer Apotheke in Neulohheim. Die Berechtigung zum Betriebe einer in Neulohheim (Amt Mannheim) neu zu errichtenden Apotheke wird zur Bewerbung ausgeschrieben.

Gesuche sind unter Vorlage der erforderlichen Nachweise (vgl. Bekanntmachung vom 11. Januar 1930, Apotheke in Neudenu, Staatsanzeiger vom 14. Januar 1930) einzureichen. Ablauf der Bewerbungsfrist: 24. April 1930. Karlsruhe, den 27. März 1930.

Der Minister des Innern: J. A. Dr. A. Jung.

Bekanntmachung

Die Aufnahme eines Anlehens und die Ausgabe von Schulverschreibungen auf den Inhaber durch die Badische Kommunale Landesbank.

Der Badischen Kommunalen Landesbank in Mannheim ist durch Entschlieung vom heutigen im Einvernehmen mit den Ministerien der Finanzen und der Justiz die Genehmigung zur Ausgabe von zu 8 Prozent verzinslichen Schulverschreibungen auf den Inhaber (Badische Kommunal-Goldanleihe 1930) im Nennwert von 10.000.000 M

— zehn Millionen Reichsmark — sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinscheine erteilt worden. Karlsruhe, den 28. März 1930.

Der Minister des Innern: J. A. Dr. A. Jung.

Bekanntmachung

Prüfung im Fußbeschlag.

Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Fußbeschlag finden statt:

am Mittwoch, den 23. April 1930, vormittags 9 Uhr, in der Fußbeschlagschule in Mannheim,

am Donnerstag, den 24. April 1930, vormittags 8 Uhr, in der Fußbeschlagschule in Karlsruhe,

am Samstag, den 26. April 1930, vormittags 8 Uhr, in der Fußbeschlagschule in Freiburg,

am Dienstag, den 29. April 1930, vormittags 1/2 9 Uhr, in der Fußbeschlagschule in Wehrh.

Karlsruhe, den 27. März 1930.

Der Minister des Innern: J. A. Dr. A. Jung.

Sammlung

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird dem Selbsthilfebund der Körperbehinderten, Reichsbund deutscher Krüppel e. V., Landesverband Baden in Mannheim, die Erlaubnis erteilt, im Lande Baden am Sonntag, den 20. Juli 1930, eine öffentliche Straßensammlung (Montag) zugunsten seiner Krüppelhilfe zu veranstalten. Karlsruhe, den 28. März 1930.

Der Minister des Innern: J. A. Dr. A. Jung.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereiche des Badischen Landtags

Planmäßig angestellt:

Verwaltungsassistentin Mathilde Kober.

Ministerium des Innern

Ernannt:

Polizeiaffizient Georg Ziebing in Pforzheim zum Polizeisekretär der Verwaltungspolizei; zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwachmeister Ernst Gräßlin in Wehrhach, Amt Donaueschingen.

Zum Gendarmeriekommissar Gendarmerieoberwachmeister — Bezirksoberwachmeister — Robert Weibacher in Adelsheim; zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwachmeister Friedrich Gohlfelder in Alglashütten, Amt Neustadt.

Zum Gendarmerieinspektor Gendarmeriekommissar Adolf Kaiser in Wehrhach.

Befördert:

Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwachmeister Wilhelm Grimm in Seelbach, Amt Lahr.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Steuerinspektor Otto Weber in Heidelberg zum Rechnungsrat an der Universität Freiburg.

Berufen:

Den Privatdozenten Dr. August Sirt, Dr. Friedrich Schulze-Knonhof und Dr. Helmut Dennig an der Universität Heidelberg die Amtsbeziehung außerordentlicher Professor für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Justizministerium

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft.

Zugelassen als Rechtsanwälte:

Rechtsanwalt Dr. Max Zahn beim Landgericht Mosbach nach Verzicht auf seine Zulassung beim Landgericht Heidelberg; die Gerichtsassessoren Dr. Walter Goldmann, Wilhelm Scheuer und Dr. Josef Thomas beim Landgericht Mannheim.

Berufen:

Justizobersekretär Friedrich Laumann beim Amtsgericht Heidelberg zum Jugendtrotzbeamten in Einsheim, Justizassistent Wilhelm Dehm beim Notariat Staufen zum Amtsgericht daselbst, Kanaklitta Lina Mayer beim Oberlandesgericht zum Notariat Karlsruhe.

Zur Ruhe gesetzt:

Wertmeister Christian Krauß beim Erziehungsheim Schloß Wehrhach.

Ministerium der Finanzen

Wasser- und Straßenbaudirektion

Planmäßig angestellt:

Flußwärter Theobald Veil in Marlen, Straßenwärter Ludwig Walter in Schloßau.

Berufen:

Die Regierungsbaureute Otto Breidt beim Rheinbauamt Mannheim zur Wasser- und Straßenbaudirektion nach Karlsruhe; Oskar Hegler, zur Zeit bei der Redaktionsverwaltung zum Rheinbauamt Mannheim; Hermann Lohr beim Kulturbauamt Karlsruhe zur Wasser- und Straßenbaudirektion mit dem Dienstsitz in Wehrhach, Richard Mayer bei der Wasser- und Straßenbaudirektion, und Gustav Schneider beim Wasser- und Straßenbauamt Waldshut zum Rheinbauamt Freiburg; Obergeometer Wilhelm Kaug beim Vermessungsamt Pforzheim zur Wasser- und Straßenbaudirektion; die Wasserbaumeister Karl Bertsch in Waldshut zum Rheinbauamt Freiburg; und August Danner in Mannheim nach Neuenburg.

Gestorben:

Straßenwärter Martin Zimmermann in Wehrhach und Straßenwärter A. D. Phil. Jakob Haller in Wehrhach.

